

Nebraer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Geschäftsstelle 1.20 RM

Schriftleitung: Wih. Sauer in Koblentz.
Druck-Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weiz, Markt 24/25.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile in Reklametext 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Atern.

Nr 110

Dienstag, den 15. September 1931

44. Jahrgang

Nächtlicher Heimwehrpuff.

Mien, 14. September.

In den obersteierischen Ostböden Bruck, Katzenberg, Judenberg und Schladingen ereignete am 12. Uhr früh heftige Heimwehr und verlor die Städte militärisch zu befehlen. Der Bundesführer der Heimwehr, Dr. Priemer, versammelte um 2.30 Uhr früh in Judenberg die Unterführer um sich. Auf seine Weisung wurden in einigen Ostböden Plakate angeschlagen, in denen es heißt, daß die Gendarmen und Heeresbeamten ihres Dienstes entlassen seien. Die Heimwehr übernehme die Staatsgewalt.

Polizei, Gendarmen und Bundesheer sind in den betreffenden Gebieten in Bereitschaftszustand gesetzt worden. In Kirchdorf in Obersteier hat die örtliche Heimwehr die Bezirkshauptmannschaft besetzt; diese wurde jedoch von Gendarmen aus Linz und Bundesmilitär sofort geräumt. Dabei wurden zwei Führer des Heimwehrzuges verhaftet. Die Bundesregierung hat im eigenen Willenskreis und durch die Landesregierungen sofort Gegenmaßnahmen eingeleitet. Im übrigen Bundesgebiet und in der Hauptstadt herrscht Ruhe.

Ein Aufruf zur Besonnenheit.

Mahnung der Sozialisten.

Die „Wiener Arbeiterzeitung“ verbreitete die Meldung von dem Ruff in einem Ertraktat gleichzeitig mit einer Mahnung zur Besonnenheit. In dem Aufruf heißt es: „Genossenschaftliche Abenteurer haben in der Zeit schwerster wirtschaftlicher Not und wichtiger Kriegerverhandlungen einen Volksaufstand gegen die Republik und die Demokratie gewagt. Der obersteierische Irrsinn wird in wenigen Stunden zusammenbrechen. Die Arbeiterzeitung und ihr Schutzbund sind in Bereitschaft. Sie werden, wenn es notwendig ist, die Republik und die Demokratie zu schützen wissen. Zunächst aber hat die Staatsgewalt gegen die freien Gewerkschaften einzuschreiten. In das Gerichtshaus mit den Büchereien, wo sie schon lange hingehören, Arbeiter, Republikaner, eigene Disziplin und eigener Willen ist in dieser Stunde das Wichtigste. Keine selbständigen Aktionen! Hatet euch bereit, wenn die Sozialdemokratie auch ruft!“

Die Nationalsozialisten gegen den Ruff.

Die Landesregierung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei (Hitlerbewegung) erklärt, daß sie mit der Aktion der Heimwehr in keinerlei Verbindung steht und diese auch ablehne.

Die Wiener Polizei hat sämtliche Bundesgebäude besetzt.

Die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften haben in einem Ultimatum dem Bundeskanzler sofortige Gegenmaßnahmen verlangt, andernfalls sie zur Selbsthilfe schreiten würden. Die Bundesregierung hat sofort

eine Reihe von Haftbefehlen

erlassen, u. a. auch gegen Dr. Priemer. Wie verlautet, soll Heimwehrführer Starzberger die Linzer Garnison aufgefordert haben, sich ihm anzuschließen, wurde aber abgewiesen.

D-Zug bei Budapeß abgestürzt.

Söllenzug auf dem Bahnhöfer. — 22 Tote, 21 Verletzte. Budapeß, 14. September.

In der Nacht zum 13. September ist der Söllenzug Budapeß-Wien-Passa-Söden auf dem vor der Station Torbag befindlichen Bahndamm entgleist. Die Lokomotive, ein Gepäckwagen, zwei Schlafwagen und drei Personenzüge fielen in die Tiefe. Nach den bisherigen Meldungen sind 22 Fahrgäste getötet worden, 14 schwere in Lebensgefahr. Kurz nach dem Unfall erlitten an dem Unfallort die Rettungsmanövern, die die Verwundeten nach Budapeß Krankentrüben brachten. Der Unfall wurde gemäß Feststellungen an Ort und Stelle durch Militär untersucht.

Von dem Zug stürzten insgesamt sechs Wagen mit den Trümmern des gesprengten Budapeß 30 Meter tief. Da es sehr schwer ist, an die Trümmer heranzukommen, ließen sich Eisenbahner an Seilen herab und konnten mehrere Verletzte bergen.

Außer der Zündschnur fand man einen Brief, in dem stand: „Da die kapitalistische Gesellschaftsordnung uns keine Arbeit zu verschaffen vermag, so verschaffen wir uns selbst welche!“

Ersprengstoff im Koffer.

Nach den Feststellungen des Kommandanten der Pionierabteilung befand die Söllenzugmaschine aus einem kleinen Vulkanfelsen, der mit ein bis zwei Kilogramm Nitroglycerin oder Dynamit gefüllt und an dem eine kurze Zündschnur angebracht war, die durch zwei gewöhnliche Kupferdrähte mit einem elektrischen Taschenlampelement in Verbindung stand.

Die Drähte waren so angebracht, daß sie durch den über die hinwegfahrenden Zug in Kontakt gebracht wurden, wodurch Kurzschluß entstand, der die Zündschnur in Brand setzte, so daß der Zündstoff zur Explosion gebracht wurde.

Die Explosion

riß ein langes Schienenstück heraus, das bis zum Rande

der fast sieben Kilometer entfernt liegenden Gemeinde Torbag fortgeschleudert wurde.

Während der Bergungsarbeiten wurde ein Arbeiter festgenommen, der nach dem Attentat an den Schienen entlang in Richtung nach Budapeß lief. Er und ein ebenfalls verdächtiger Fabrikarbeiter wurden einem Verhör unterzogen. Die Gespder Polizei verhaftete den aus Budapeß eingetroffenen Unterführer Peter Budaholy, der die Eisenbahnbrücke fotografierte und sich verdächtig gemacht hatte.

Abrüstung und Zusammenarbeit.

Curtius vor der Vollerfassung des Völkerbundes.

Genf, 13. September.

In der Vollerfassung des Völkerbundes hielt Reichsaussenminister Dr. Curtius seine mit Spannung erwartete Rede. Die Lage der diesjährigen Bundesausschreibung, so führte er aus, wird vor allem durch zwei Tatsachen bestimmt:

Durch die furchtbare wirtschaftliche Notlage, in der sich die meisten Länder befinden, und durch das Bevorstehen der Abrüstungskonferenz.

Von diesen beiden Tatsachen müssen wir ausgehen, wenn wir die Tätigkeit des Völkerbundes im vergangenen Jahre bewerten und uns darüber klar werden sollen, was der Völkerbund überhaupt unter den gegenwärtigen Verhältnissen bietet und worauf es bei uneren diesjährigen Beschlüssen ankommt.

Daß das Schicksal der Abrüstungskonferenz für das Schicksal des Völkerbundes selbst von entscheidender Bedeutung ist, ist im Laufe der letzten Jahre oft genug gesagt worden und muß von keiner Seite bestritten werden.

Die Ursachen der Wirtschaftskrise.

Dr. Curtius gab dann einen ins einzelne gehenden Ueberblick über die kritischen Ereignisse wirtschaftlicher und finanzieller Art im Ablauf des letzten Jahres. Er kennzeichnete die Wirtschaftskrise in den Industrieländern, die sich im kommenden Winter in einer noch nicht abzuharrenden Weise steigern wird zu einem Heer von Millionen und Verzweiflungen, die radikalen und revolutionierenden Einflüssen nur zu leicht zugänglich sind.

Niemand darf sich darüber täuschen, daß die Erde bebzt, auf der der Bau unseres heutigen wirtschaftlichen und Währungssystems sowie unsere Kultur errichtet ist.

Es erhebt sich nun die ernste Frage, ob die bisherigen Ergebnisse den dringenden Forderungen der Gegenwart auch nur einigermaßen gerecht werden. Dr. Curtius behandelte dann die Arbeit des Europaausschusses, deren wichtigstes Ergebnis der Bericht der Wirtschaftskommissionen sei. Der Bericht müßte der Ausgangspunkt einer neuen Entwicklung werden. Der Ausschuss, dem die wichtigste Zuständigkeit zu Vorarbeiten jeder Art für eine Verbesserung der Erzeugung und des Handels in Europa gegeben war, sieht als wichtigstes, eigentlich als einziges Mittel für eine durchgreifende Besserung den wirtschaftlichen Zusammenschluß vor.

Wirtschaftlicher Zusammenschluß.

Die Regierungen müssen unter dem Druck der Interessenten unverzüglich an die Arbeit gehen, den wirtschaftlichen Zusammenschluß so umfassend wie möglich schon in nächster Zeit in die Wirklichkeit umzusetzen.

Die Vorschläge des Europaausschusses empfehlen Zollpräferenzen für Getreide in östlicher, zeitlicher und sachlicher Begrenzung als offene Ausnahme von der Weißbegünstigung. Es handelt sich nicht um Maßnahmen im einseitigen Interesse der Länder, denen die Präferenzen gegeben werden; sollen, noch weniger um einseitige Interessen derjenigen, die zur Gewährung von Präferenzen unter eigenen Opfern bereit sind.

Die Krise der Landwirtschaft ist ja noch tiefer als die der Industrie. Die Landwirtschaft kann sich weniger als diese durch Organisierung und Kartellierung ihrer Erzeugung helfen. Nur internationale Zusammenarbeit ist imstande, wirkliche Hilfe zu leisten.

Curtius behandelte darauf die finanziellen Probleme der Krise. Wir stehen vor einer Verwirrung der ganzen internationalen Geld- und Kreditwirtschaft. Das Einstehen von Kapital aus den kapitalreichen in kapitalarme Länder hat nicht nur fast ganz aufgehört, im Gegenteil, die kapitalreichen Länder haben den kapitalarmen in einem niemals vorhergehenden Umfange die kurzfristigen Mittel, die sie dort angelegt hatten, wieder entzogen. Die schweren Zusammenbrüche von Banken und das hierdurch notwendig gemordene Eingreifen der Regierungen haben ihren Hintergrund in der Lage der internationalen Finanzbeziehungen, die durch die bestehenden Schulden politischen Charakters geschaffen worden sind.

Keine Reparationen.

Die gewaltigen politischen Zahlungen von Land zu Land erfolgten ohne wirtschaftliche Gegenleistungen. Sie entzogen den Ländern schon kapitalreichen Ländern ansehnliche Kapitalmengen und zwangen diese Länder im Interesse des Schutzes ihrer Wälder zu deflationistischen Maßnahmen, die sich in hohen Zinssätzen, schwindender Kaufkraft, daher fallender Einfuhr und steigender Ausfuhr äußerten.

Es ist das geschichtliche Verdienst des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, daß er in klarer Erkenntnis der Gefahren eine einjährige Pause für die Zahlung der politischen Schulden vorgeschlagen und erreicht hat.

Ein Vertreter Deutschlands liegt mir daran, auch von dieser Stelle aus die Großzügigkeit des Hooverplanes und die Entscheidung, die er für mein Land gebracht hat, anzuerkennen.

Aber das Feiertage, so groß seine Bedeutung auch ist, schafft nur eine vorübergehende Atempause. Von verschiedenen Vordernern ist mit aller Deutlichkeit die Notwendigkeit betont worden, daß das Problem der internationalen politischen Schulden im allgemeinen Interesse

eine Gesamtlösung

erfordert, die der Krise wirklich ein Ende macht. Das ist die große Aufgabe, vor die sich die Welt gestellt sieht. Was kann im Sinne einer solchen Zusammenarbeit der Völkerbund seinerseits tun? Es ist klar, daß er nicht die Regelung des Problems der internationalen Verbindungen in die Hand nehmen kann. Dieses Problem muß wie bisher auch künftig den unmittelbaren beteiligten Regierungen überlassen bleiben. Aber alle internationalen Bemühungen auf dem gesamten Wirtschafts- und Finanzgebiet hängen von einer elementaren Voraussetzung ab.

Das ist die Wiederherstellung des gegenseitigen Vertrauens in den internationalen politischen Beziehungen.

Vord Robert Cecil hat nochmals die Schlusssätze des Berichtes der Baseler Sachverständigen verlesen. Es sind in der Tat Worte, deren Wahrheit wir uns nicht oft genug zum Bewußtsein bringen können. Ich begreife es, daß in all den Reden, die sich in den letzten Tagen mit der augenblicklichen Gesamtlösung befaßt haben, die Notwendigkeit gegenseitigen Vertrauens so stark zum Ausdruck gekommen ist. Das Vertrauen zwischen den Völkern kann nur dann eine sichere Grundlage finden und bewahren, wenn es auf der vollständigen Anerkennung der beiderseitigen Interessen und Auflassungen beruht.

Die Grundfrage, daß auch durch die schlimmste moseleulde Notlage eines Landes nicht gefährdet werden. Die Wiederherstellung augenblicklicher Schwierigkeiten darf nicht um den Preis noch viel größerer Schwierigkeiten in der Zukunft erkauft werden. Allen Verträgen zur Wiederherstellung eines normalen Güter- und Kapitalverkehrs müßte ein zuverlässiger Erfolg verlag werden, wenn dabei nicht in den politischen Beziehungen die Grundlage der Gerechtigkeit und Gleichberechtigung genahrt würden.

Internationale Kooperation.

Wir dürfen uns nicht verhehlen und müssen ganz offen davon sprechen, daß in vielen Ländern ein weitgehender Skeptizismus gegenüber den Genfer Institutionen und, was vielleicht noch schlimmer ist, eine wachsende Gleichgültigkeit zu beobachten ist. Was aber auch die Einseitigkeiten seien wollen, das sind Maßnahmen, die in die Wirklichkeit eingreifen und sie fesseln.

Der Gedanke der internationalen Zusammenarbeit ist es auch gewesen, der uns nach Chequers, Paris, London und Rom geführt hat.

Ich stimme vollständig damit überein, wenn betont werden ist, daß der Völkerbund seinerzeit Grund hat, auf diese unmittelbaren Bemühungen der verantwortlichen Staatsmänner eifersüchtig zu sein, daß er vielmehr allein Anlaß hat, sie zu ihrem Ziel zu fördern. Der Vertreter Großbritanniens hat die hervorragende Bedeutung unterstrichen, die in der ganzen Entwicklung der internationalen Beziehungen der Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland zumomme, einer Annäherung, die nicht nur in Worten, sondern in Handlungen bestehen müßte. Vord Robert Cecil darf davon überzeugt sein, daß sich die deutsche Regierung dieser Bedeutung vollkommen bewußt ist.

Der Berliner Besch.

Ich begreife es, daß der bevorstehende Besuch der französischen Staatsmänner in Berlin Gelegenheit bieten wird, den unmittelbaren Gedankenansatz fortzusetzen, und ich knüpfe daran die Hoffnung, daß es auf diesem Wege zu Ergebnissen kommt, die den beiden Ländern zum Vorteil gereichen und darüber hinaus auch dem allgemeinen Interesse dienen.

Ich komme nun zu dem zweiten großen aktuellen Problem des Völkerbundes, der Abrüstungsfrage. Der Völkerbund trägt für die Behandlung dieser Frage vornehmlich und ganz allein die Verantwortung. Ich kann mit aller Entschiedenheit der Ansicht des Herrn Brandt zustimmen, daß die friedliche Streitentscheidung und die Abrüstung zusammen das entscheidende Mittel zur Erhöhung der Sicherheit darstellen. Was die Bedeutung der Abrüstung für die Sicherheit anbelangt, so bleibt das gültig, was die Bundesausschreibung im Jahre 1928 über das Verhältnis der Abrüstungen und der Erhöhung der internationalen Sicherheit festgelegt hat.

Nur Abrüstung gibt Sicherheit.

In der Ueberzeugung, daß nicht Rüstungen, sondern Abrüstung Sicherheit bringt, liegt ein entscheidendes Merkmal der im Völkerbund organisierten Staatengemeinschaft gegenüber den früheren Methoden der internationalen Politik. Die Sicherheit der Staaten kann aber nur dann eine Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens sein, wenn alle Staaten an ihr im gleichen Maße teilhaben.

Die Völkervereinigung kennt nur einerlei Behandlung für alle Völker. Sie bedeutet, begründet auf Lebensdauer für die anderen an Klüften unterliegenden Völkern. Wie sehr das Gefühl der mütterlichen Sorglosigkeit gegenüber hartgerüsteten Nachbarn auf der Seele einer Nation laftet und ihr ganzes Leben bedrückt, das weiß jeder Deutsche, der die Auswirkung eines solchen Zustandes am eigenen Bosse beobachtet. Das eigentliche Thema, die Herabsetzung der Klüften, darf die Abrüstungskonferenz nicht abhängig gemacht werden von den Fragen des erst nach Durchführung der allgemeinen Abrüstung gelöst werden können. Mit Genugtuung ist festzustellen, daß der Gedanke einer Verchiebung der Abrüstungskonferenz unzweifelhaft abgelehnt worden ist. Ungeachtet der gewaltigen Unterdrückung im Klüftenstand müßte eine bloße Begrenzung der Abrüstung auf den gegenwärtigen Stand einer Anerkennung dieses Klüftenunterdrücktes gleichkommen und wäre einem Scheitern der Abrüstungskonferenz gleichzusetzen.

Unersättliche Verprechungen.

Den Verpflichtungen, die Deutschland im Jahre 1919 übernommen, steht das bindende Versprechen der anderen Staaten gegenüber, daß die Entzerrung Deutschlands dazu dienen soll, die allgemeine Abrüstung der anderen Staaten einzuleiten. Zwölf Jahre hindurch sind wir durch fünfzig Jahre gefordert Deutschland dem Völkerverband an, ohne daß diese Verpflichtungen eingelöst worden sind. Wenn jetzt endlich die Abrüstungskonferenz zusammentritt, so kann von dem deutschen Volk nicht verlangt werden, daß es sich mit einer Verzögerung der gegenwärtigen Abrüstungsverhältnisse abfindet. Eine solche, wie immer Verminderung der Klüften der hartgerüsteten Staaten ist, wobei für Deutschland die unersättliche Vorbereitung für das Gelingen der Abrüstungskonferenz.

Der Ausgangspunkt muß die Gleichberechtigung aller Staaten sein, so daß innerhalb der Völkergemeinschaft nicht mehr mit zweierlei Maß gemessen wird. Es muß für alle die gleiche Methode bei der Herabsetzung und Beschränkung der einzelnen Abrüstungsfaktoren gelten. Mit größtem Interesse habe ich von den Ausstellungen des italienischen Außenministers Grandi Kenntnis genommen, die im Januar dieses Jahres in Rom stattfanden, und die die Abrüstungskonferenz und während der Dauer der Konferenz die Klüften aufzuheben. Die deutsche Regierung hat diesen Gedanken für Deutschland schon vorweggenommen durch die Erklärung, die sie anlässlich der Verhandlungen über den Hoover-Plan abgegeben hat.

Curius schloß seine Rede mit der Erklärung, daß unsere Vertreter für die Abrüstungskonferenz die weitgehendsten und weitherzigsten Instruktionen haben, das Maximum, nicht das Minimum der Abrüstung zu erzielen.

Freiwilliger Ausgleich.

Nur wenn die Staaten einer ruhigen, entspannten und weitgehenden Abrüstungs- und Friedenspolitik die nötigen Opfer bringen, kann die Welt von dem Abdruck befreit werden, der auf ihr lastet und der sie in allen Funktionen des internationalen Lebens hemmt. Es handelt sich hier um das Schicksal des Völkerverbandes selbst.

Bertrag der Völkerverband gegenüber dieser Aufgabe, dann hört er auf, das zu sein, was die Völker und weil alle von ihm erwarten. Ein Scheitern der Abrüstungskonferenz würde dem Völkerverband die moralische Autorität nehmen, und dies in einer Welt politischer Spannungen, wo wir nach einem friedlichen Ausgleich aussehnen.

Die Völker, die mit ihren Millionenheeren der Arbeitlosen in den letzten Wintern der Arbeitslosigkeit hineingeraten sind, interessiert nicht, was irgendwo geredet wird. Sie interessiert nur, was geschieht, damit sie aus diesem Strudel der Wirrnisse wieder herausfinden. Wenn jemals, dann ist heute der Völkerverband und der Probe aufs Exempel gestellt. Das hat der deutsche Außenminister mit erfreulicher Klarheit in der Generaldebatte der Völkerverammlung ausgesprochen. Zwölf Jahre und mehr ist geritten worden, und die Forderung, daß es jetzt nun zu handeln gilt, verleiern nicht das was der Völkerverband zweifelslos in der einen oder anderen Frage tatsächlich schon getan hat. Heute sind wir so weit, daß niemand mehr das Ohr der Schatzkammer verschließen kann, die heute in Genf an den Völkerverband gestellt ist.

Schlüsselsache, die zwei große Themen berührt: Wirtschaftspolitik und Abrüstung. Schlüsselsache, die nur in einer Antwort liegen kann: internationale Kooperation auf der Basis des Vertrauens.

Wenn die Regierungen unter dem Eindruck der Genfer Beratungen die Aufgabe, die ihnen dabei zufällt, nicht erkennen, dann ist ein gut Teil Völkerverbandarbeit umsonst gewesen. Dann hat diese Arbeit noch nicht die Voraussetzungen zu schaffen vermocht, ohne die es eine Rettung nicht gibt. Der deutsche Außenminister ist in seiner Rede noch einmal auf die Geschicke eingegangen, die die jüngste Vergangenheit der deutschen Entwicklung ausmachen, Geschicke, für die der Zusammenbruch von Banken, die Schließung der Borsen, der Sturz der Kurse, das schändliche Sinken und Abgleiten der Kaufkraft, die Stilllegung weiter Wirtschaftszweige, das rapide Wachsen der Arbeitslosigkeit erschütternde Merkmale bringt. Werden die Regierungen in diesem Stadium begriffen, welchen Sinn die Aktion des amerikanischen Präsidenten, der sich mit dem Hoover-Plan ein historisches Verdienst erworben hat, für den Wiederaufbau der Wirtschaft haben sollte? Die deutsche Rede die Curius gehalten hat, betont klar, daß das Problem der internationalen politischen Zahlungen im allgemeinen eine Genesung erfordert, die der Krise wirklich ein Ende macht.

Damit ist die Vertrauensfrage gestellt. Und hier muß im Zusammenhang mit der deutschen Rede in Genf einmal ausgesprochen werden, daß auf allen Seiten, auf allen, den Glaube an die Vertrauenspolitik, den man als das Fundament der Vertrauensbasis ansprechen muß, alles auf seine Kraft verloren hat. Es ist das Verdienst von Curius daß er mit seiner Rede noch einmal ein Glaubensbekenntnis zur Vertrauenspolitik gegeben hat. So gesehen gewinnt auch die Wendung seiner Rede an Bedeutung, mit der er den bevorstehenden Besuch der französischen Staatsmänner in Berlin besonders stark begrüßt.

Auf der Basis einer Vertrauenspolitik ist aber kein Raum für die Klüftenpolitik von heute. Hier führt das was Curius in Genf gesagt hat, an die Schlüsselsache des Völkerverbandes. Der Völkerverband hat politisch, juristisch und moralisch die Verpflichtung übernommen, eine wirkliche, weitreichende Verminderung der Klüften durchzuführen.

Der Gang der Debatte zwang Curius, sich Grandi und gegen Briand zu äußern.

Grandi, der die Parole eines Klüftenmoralatoriums für die Dauer der Abrüstungskonferenz in die Debatte geworfen hat, gegen Briand, der selber noch immer nicht den Widerspruch von der unglücklichen Idee „Erst Sicherheit, dann Abrüstung“ gefunden hat.

Nicht Klüften, sondern Abrüstung ist Sicherheit, das Maximum, nicht das Minimum der Abrüstung muß die Richtschnur der Verhandlungen sein.

Man sage nicht, in Genf ist schon oft genug Großes geredet worden. Diesmal können die Regierungen ihre Augen dem Zwang nicht verschließen, die Konsequenzen aus den Reden der letzten 18 Jahre zu ziehen. Vielesicht bedarf es nur eines neuen Glanz. Einem Glanz des Vertrauens und der Glaubens. Des Glaubens, daß nur Verlässlichkeit, daß nur Zusammenfassung die Kraft schaffen kann, mit der die Klüften sich aus dem Strudel der Krise retten können, der sie im tollen Wirbel zu überfluten droht. Die Curiusrede war eine gute Rede, eine deutsche Rede.

Kritik an Curius.

Der Genfer Sonderberichterstatter des „Matin“ befaßt sich mit der Rede von Dr. Curius im Völkerverband und behauptet, daß sie noch ihrer Form nach einen Anstoß nach gegeben sei, eine günstige Atmosphäre für den französischen Ministerbesuch in Berlin vorzubereiten. Während Briand streng im Geiste des Völkerverbandes geblieben sei, habe Dr. Curius die öffentliche Meinung Frankreichs in keiner Weise geschont.

Dr. Curius habe in der Zählung der politischen Schulden die Hauptursache für die finanzielle Krise des Reiches finden wollen, während Deutschland in mehreren Monaten dreimal so viel Geld erhalten habe, wie es bezahlt habe. Die Sprache, die Dr. Curius geführt habe, sei nicht die, die ein Reichsaussenminister in der gegenwärtigen Lage Deutschlands und der Welt führen sollte und durfte.

Dagegen meint „Journal“, Dr. Curius hätte sich wohl verhalten können, bei dieser Gelegenheit einen Eklat herbeizuführen, um sich gegenüber den Nationalisten zu rehabilitieren. Er habe seine Rede, ihn zu vermeiden mit Rücksicht darauf, daß diese für Deutschland unersättlich sei. In seiner gegenwärtigen Form hat Dr. Curius das eigentlich die Frage der Vertragsrevision und die der militärischen Klauseln des Versailler Vertrages aufgerollt.

Amerikas zweite Rate.

Washington, 14. September.

Schuld die Schwierigkeiten, die bisher der Auszahlung der zweiten Rate der amerikanischen Entschädigung an die deutschen Redereien entgegenstanden, endlich beseitigt sind, werden der Norddeutsche Lloyd 6 284 000 Dollar und die Hapag 9 656 000 Dollar erhalten.

Außerdem werden an die früheren Eigentümer deutscher Patente Iomie der Funktion Sarville insgesamt etwa 6 Millionen Dollar gezahlt werden.

Freiheit für Indien.

Gandhi über seine Mission.

Nach Gandhis Ankomst in London fand eine Begrüßung statt, bei der Gandhi erklärte: „Ich bin vom Panindischen Kongress hierher geschickt worden, um volle Freiheit für Millionen tummelnd und halberdungerter Inder zu erlangen. Meine Freunde und ich sind gekommen, um eine Friedensmission zu erfüllen, und ich hoffe, daß man, wenn unsere Aufgabe beendet sein wird, nicht sagen wird, daß wir die heilige Geschäftspflicht mißbraucht haben.“ Gandhi gab erneut seinen Glauben, die Politik eines nichtgewaltigen Vorgehens auszusprechen.

MacDonald, Baldwin und Henderson, die zu der Versammlung eingeladen waren, hatten Absagen geschickt.

Selbte schwer erkrankt.

Bremeschaan, 14. September.

Auf der Landesparlamentsversammlung des Verbandes Niederachsen des Stahlheils machte der als Vertreter des ersten Bundesführers Franz Selbte erscheinende Landesführer von Groß-Berlin, Major a. D. von Stephani, die Mitteilung, daß Selbte erkrankt sei und für ihn die Befehle, auch noch den rechten Arm zu verlieren.

Der Reichspräsident wieder in Berlin.

Berlin, 14. September.

Der Reichspräsident ist, von Dietrichsreisen seit, mit dem sechsmaligen JD-Zug wieder in der Reichshauptstadt eingetroffen.

Am Sonntag empfangt der Reichspräsident den Reichsfanzler Dr. Brüning zu einem längeren Vortrag.

Deutsche Tageschau.

Einführung des sozialdemokratischen Parteiaususses. Berlin, 14. September. Der sozialdemokratische Parteivorstand hat den Parteiaususschuss zu einer Sitzung für Dienstag, den 22. September, einberufen.

Die Regierungskrise in Braunschweig behoben.

Die Fraktion Bürgerliche Einheitsliste hat nach einmal zu der Neuwahl eines zweiten Ministers in Braunschweig Stellung genommen. Nach längeren Beratungen wurde volle Übereinstimmung zwischen den Vertretern der Bürgerlichen Einheitsliste erzielt und beschlossen, für die Wahl des nationalsozialistischen Ministerkandidaten, Regierungsrat Klages zu stimmen. Die Wahl fand in der Landtagsitzung am Dienstag statt. Da die Bürgerliche Einheitsliste und die Nationalsozialisten zusammen über eine Mehrheit im Landtag verfügen, kann Regierungsrat Klages als gewählt angesehen werden.

Zeitungsverbot.

Nach amtlicher Mitteilung hat der Oberpräsident der Provinz Sachsen die in Eisenach erscheinende Wochenchrift „Der Mansfelder, Mittelsächsischen und WEDW“ für den Mansfelder Gezeits und den Stadtsitz Eisenach auf zwei Monate verboten. Das Verbot ist erfolgt, weil in der Zeitung wiederholt die Polizei als Verhinderung des Staates beschimpft und böswillig verächtlich gemacht und die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet worden sei.

Auslands-Rundschau.

Die deutsche Einladung in Paris.

Der deutsche Gesandtschaftsträger in Paris, Botschafter Dr. Forster, hat dem französischen Ministerpräsidenten Caillaud für den 27. September die offizielle Einladung der Reichsregierung für

ihn und für den französischen Außenminister Briand nach Berlin zum Wohngedächtnis überbracht. Der französische Ministerpräsident hat die Einladung angenommen. Die Einzelheiten der Reise werden später veröffentlicht werden.

Die Arbeitslosigkeit in Amerika.

Die amtlichen Kreise in Washington äußern sich zu den übertriebenen Schätzungen der Bevölkerung hinsichtlich der voraussichtlichen Zahl der Arbeitslosen im nächsten Winter, die bis auf 7 Millionen gehen. Demgegenüber erklären die Behörden, daß während vor dem letzten Winter die Arbeitslosigkeit auf 6 Millionen geschätzt worden war, tatsächlich dann nur 3 bis 5 Millionen Unterbringung nötig waren.

Keine politische Meinungen.

Der „Politische Beobachter“ verdon. Der „Politische Beobachter“ wurde durch Beschluß der Reichsregierung auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen auf die Dauer von 10 Tagen verboten. Der neue Leiter des bayerischen Finanzministeriums, Dr. Landesverwalter der Bayerischen Staatspresse, Oberregierungsrat Schäfer, ist zum Staatsrat und Leiter des Finanzministeriums ernannt worden.

Vor der Schließung der Courachite. Die Courachite in Siegen (Münster) (Hörsing) soll demnach gänzlich stillgelegt werden, wodurch eine 3000 Mann starke Besatzung brotos werden würde.

Aus der Umgegend.

Nebr, 15. September.

— Vom Hofmarkt. Unter diesjähriger Michaelismarkt ist geradezu ein Reformmarkt in Bezug auf die aufgestellten Verkaufsstände, Schaubuden, Vergnügungsbetriebe, Gländrader usw., denen gegenüber wohl kaum genug Einfacher herbeigekommen sind, obwohl sich am Montagmorgens das Publikum in der Breite Straße, am Marktplatz und auf dem Meißner Platz, dem Turmplatz, geradezu drängte. Die schwache Kaufkraft der Massen macht sich geltend, jeder Besucher aber lange, als er sich eine Kostbarkeit leisten will, ob er in diese oder jene Schaubude eintritt, um seinen Willenswunsch zu befriedigen. Das Geld fließt recht langsam in die Kassen und wohl mancher von weit hergekommenen Gesellschaften wird seine Hoffnung auf eine zufriedenstellende Einnahme kaum erfüllt sehen. Am Sonntagmorgens verurteile ich starker Gewitterregen obendrein eine empfindliche Störung im Marktverkehr, denn die meisten Verkaufsstände wurden rasch zugebott, teilweise sogar eingestürzt werden. Am Montag, dem Hauptmarkttag, war dann glücklicher Weise das schönste Wetter, welcher Umstand auch die Stimmung des Publikums günstig beeinflusste, so daß wohl dieser und jener seine Geldbörse gänzlich leer gemacht hat.

— Stößenperenna. Wegen Ausföhrung von Pflichten wird die Kreisstraße Laucha-Dornorf-Gleina von Mittwoch, den 9. d. Mts., ab auf etwa 14 Tage für sämtlichen Verkehr gesperrt. Der Verkehr wird über Zeitz bzw. Freyburg nach Laucha vermieien.

— Bunte Blätter im Herbst. Die goldene Frucht der Felder ist nun größtenteils geerntet. Ueber die Stoppeln weht seit Tagen eine starke und merkwürdig herbe, herbe, die auch schon viele Bäume entblättert hat. Buntz Laub häuft sich auf Wegen und Straßen und fñndet den Herbst. Die Sonne geht nicht länger auf und früher unter, und ihre Strahlen haben merkwürdig an Kraft verloren. Die Zeit der duftenden Sommerblumen, der Rosen und Nelken ist vorbei. Dafür entziehen das Auge herrliche, verchiedenartig gefärbte Äpfeln. Das Spätobst geht der Reife entgegen. Mit dem Scheiden des Sommers verstummen die frohen Lieder der munteren Vögel, und nur der einsönige Klang und das Summen der Dreifachmalchen, das und dort auch noch das Aufplausen der Dreifachmalchen in der Ferne erfüllen die Luft. Mehr und mehr färben sich, weissen und fallen die Blätter.

— Bienen. Die Verwaltung der biesigen Bienenstockstelle ist seit dem 1. September d. J. dem bereits früher in dieser Stelle tätig gewordenen Bienenstockstellen Friedrich Werner aus Nebra übertragen worden.

— Meriebung. Die „Mitteldeutschen Industrieerle G. m. b. H.“ haben sich gezwungen gesehen, ab 1. September ihre Zahlungen einzustellen. Die Urkade für dieses Schritt ist u. a. in dem völligen Stilliegen des Baumarktes zu suchen. Die Firma beschäftigt früher etwa 180 Leute.

— Bad Liebenwerda. Der Kreisaususschuss hat den Entwurf für den Bau einer Straßenbrücke über die Elbe bei Mühlberg fertiggestellt. Die Brücke soll eine Länge von 550 Metern haben und muß sehr hoch gebaut sein. Die Kosten für das Projekt sind mit 2,6 Millionen Mark veranschlagt.

— Bitterfeld. Donnerstag nacht verlor ein Trupp von etwa 50 Kommunisten, in das Bahnhofslokal einzudringen, wo Nationalsozialisten eine Zusammenkunft hatten. Beim Entweichen des überfallkommenden stichteten die Kommunisten. Zu besonderen Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

— Nordhausen. Der Nordhäuser Kriminalpolizei gelang es, auf dem Grundriss der Betreiber Gruppe in der Klauenstraße die Drucker einer geheimen kommunistischen Zeitschrift „Troj alleben“ ausfindig zu machen, nachdem es den Hertelern ungehindert aber polizeilichen Nachforschungen möglich gewesen war, vier Nummern der Zeitschrift erlösen zu lassen.

— Im Zusammenhang mit der Entdeckung der Drucker nahm die Polizei sieben Personen fest, darunter den Führer der Nordhäuser Ortsgruppe der KPD, Ludwig G. in e. und den Stadtvordirekten S. G. H. Ihre Urteilsung ist durch den Schnellrichtur erfolgt.

Die Zeitschriften sind schwer belastet, weil sie in der von ihnen veröffentlichten Zeitschrift unter „alle Todesdrohungen gegen zwei Kriminalbeamte und gegen Privatpersonen ausgesetzt, sowie gegen führende städtische Beamte die schwersten Verdröhtigungen erproben haben.

Neues aus aller Welt.

Die 500 000 Mark-Prämie der Preussischen Lotterie. Die 500 000 Mark-Prämie der Preussisch-Süddeutschen Klassen-Lotterie ist auf die Nummer 272 909 gefallen, die mit

MAGGI Fleischbrühe
Gemüse kocht man schmackhaft mit
MAGGI Fleischbrühe

1000 Mark gezogen wurde. In der ersten Abteilung fällt der Gewinn nach Bayern, in der zweiten Abteilung nach Hessen.

Holzwarenfabrik abgebrannt. In Liegnitz brach in der Kinderwagen- und Holzwarenfabrik F. Konegny Feuer aus. Es fand in dem leicht brennbaren Material reiche Nahrung und griff mit rasender Geschwindigkeit um sich. Die Fabrik ist fast völlig abgebrannt. Der Schaden geht in die Hunderttausende. Die Arbeiter der Fabrik, die in Zeiten der Hochkonjunktur meist beschäftigt, fanden, als sie die Arbeit antreten wollten, vor einem rauchenden Trümmerhaufen.

Ein mysteriöser Todesfall. In Altenberge starb vor einigen Tagen plötzlich die 14jährige Tochter eines Arztes. Der Arzt stellte herzerstarrt fest. Einige Tage nach der Beerdigung verbreitete sich das Gerücht, daß das Mädchen nicht eines natürlichen Todes gestorben sei. Die Staatsanwaltschaft ordnete daher die Obduktion der Leiche an, die durch den Gerichtsarzt vorgenommen wurde. Dieser hat festgestellt, daß der Tod des Kindes durch ein Kleinfaßergift geschah, das in die linke Herzkammer eingebracht war, hervorgerufen ist. Das Gift war allerdings nicht mehr zu finden. Angewiesen hatten die Eltern des Kindes eine kleine Pflanze gefunden, mit der das Mädchen nach Aussagen des Bruders gespielt hatte. Es wird nun angenommen, daß das Mädchen durch unglückliches Spielzeug mit der Schwefelsäure sich den tödlichen Schuß selbst beibrachte. Nach den bisherigen Ermittlungen soll ein Verbrechen nicht vorliegen.

Ein Astrologe als Schwindler. Von dem Großen Schöffengericht in Kiel wurde der Graphologe und Astrologe Wiegmann, der in den Hauptstädten Deutschlands unter dem Namen „Sagittarius“ gutbezahlte astrologische Vorträge gehalten hat, wegen Betruges im Rückfall zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Angeklagte, der augenblicklich eine Gefängnisstrafe in Sanktgerhart verübt, hat in den Jahren 1929 und 1930 in Kiel zahlreiche Opfer, namentlich Frauen, gefunden, denen er insgesamt etwa 20.000 RM abgehändelt hat.

Auf frischer Tat ertappt. Drei junge Burden, die einen Einblick in eine Gastwirtschaft in Berlin verübt hatten, wurden von dem Oberallkommando festgenommen. Die Täter, die bereits eine erhebliche Menge Schokolade und Raucherwaren eingepackt hatten, waren von dem Besitzer des Lokals überrascht worden, der darauf sofort die Polizei zu Hilfe rief. Einer der Täter leistete heftigen Widerstand, während die beiden anderen zu entkommen versuchten. Es gelang jedoch, alle drei festzunehmen.

Raubüberfall auf ein Konsumgeschäft. In Zürich verübten zwei Burden im Alter von 15 und 17 Jahren, die von Saule durchgebrannt waren, am nach Italien zu reisen, einen Raubüberfall auf die Leiterin eines Konsumgeschäftes, da sie über keine Geldmittel mehr verfügten. Der eine der beiden Räuber konnte sofort, der andere auf der Fahrt nach Schaffhausen festgenommen werden.

Flugzeugzusammenstoß am Gardabio. Zwei Flugzeuge stießen beim Fliegenrennen in Desenzano am Gardabio zusammen. Die Maschine des Fliegerleitnants Bellini wurde zertrümmert und der Pilot getötet. Bellini soll vor einigen Tagen bei einem Flug in geschlossener Flugbahn eine Geschwindigkeit von 575 Stundenkilometern erreicht haben.

„Nautilus“ von Spighbergen abgehoben. „Nautilus“ hat Spighbergen verlassen. Da ein sehr starker Schneesturm herrscht, hält man es für ausgeschlossen, daß der „Nautilus“ direkt nach Westkaput fahren wird, sondern einen norwegischen Hofsteden wird antauchen müssen.

Vorlandung eines französischen Rekordflugzeuges. In Montreal mußte das französische Langstreckenflugzeug „Stragelstein“ eine Notlandung vornehmen. Die Piloten Cobos und Nobila haben keine Verletzungen erlitten, und auch das Flugzeug selbst ist unbeschädigt.

Angenödigte Seppenbezüge in Amerika. Von einer großen Hitzeperiode wurde der gesamte Osten Amerikas und ein großer Teil des mittleren Westens erfaßt. New York hatte 35 Grad Celsius. In der Wehrzahl der Städte wurden 32 Grad und mehr gemessen.

Explosion in den Kodakwerken. Eine schreckliche Explosion ereignete sich in den Kodakwerken in Rochester (New York), durch die zwei Personen getötet und 14 schwer verletzt wurden, von ihnen, wie man befürchtet, drei tödlich. Außerdem wurden viele von den 800 Angestellten und Ar-

beitern durch Säuren verletzt.

Explosion eines Pulverlagers. In Pöchlarn in Österreich brach in der Munitionslager in die Luft geschoßen. Sämtliche Gebäude im Umkreis von 500 Metern wurden durch die Explosion zerstört. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen.

Ausfaltungen in Berlin W.

Nationalsozialisten gegen jüdische Passanten.

In der Nähe der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche und am Kurfürstendamm gegen in den Abendstunden etwa 1000 Nationalsozialisten unter unentgeltlichen Schirmherrschaft durch die Straßen und pöbelten alle jüdisch aussehenden Passanten an. Oberallkommandos drängten die Demonstranten mit Hilfe des Gummistifts in die Nebenstraßen ab und nahmen zahlreiche Verhaftungen vor.

Ein Trupp der Demonstranten überfiel ein Café, zertrümmerte die Scheiben und verwüßte den Vorgarten. Eine Anzahl jüdisch aussehender Gäste wurde verprügelt. Polizei trieb die Demonstranten auseinander und verhaftete zwölf Personen.

Außerdem wurden im Verlauf der polizeilichen Aktion auf dem Kurfürstendamm noch weitere 30 Zwangsgehaftungen vorgenommen.

Verlängerung der Steueramnestie.

In sehr vielen Fällen haben Steuerpflichtige bei den Finanzbehörden zu erkennen gegeben, daß sie von der Steueramnestie Gebrauch machen möchten, aber nicht in der Lage seien, bis zum 16. September das für die Amnestieanträge erforderliche Material durchzuprüfen. Den vielen Anträgen auf Fristverlängerung wird wahrscheinlich stattgegeben und die Frist voraussichtlich bis 15. Oktober verlängert werden.

Der Ausstieg des Juristenlagers.

Lübeck, 14. September. Die letzte Plenarsitzung des Juristenlagers brachte mit den Referentenberichten aus der einzelnen Abteilungen noch verschiedene interessante Feststellungen. Es wird u. a. vorgehalten, daß Österreich sich dem deutschen System der Kammern für Handelsachen anschließen möge. Zum Thema Eilestellung liegen nunmehr bestimmte Vorschläge vor. Sie beziehen sich auf den Fortfall der rechtlichen Form des Eides, Zulassung des Nachbeters auch im Strafverfahren und eine Regelung der Beerdigung von Jungen nur noch vorzunehmen, wenn ihre Auslage für den Urteilspruch von Wichtigkeit ist. Präsident Wildhagen schloß Johann den Juristenlag.

Durch Fallschirm gerettet.

Paris, 14. September. Der französische Luftfahrtminister erhielt vom französischen Gesandten in Moskau folgendes Telegramm über das Unglück des Flugzeuges „Wendelrich Nr. 2“: „Ich habe von dem Flieger Doret nachstehende Depesche aus Strasnago erhalten. Bezirk Ufa, erhalten: „Wendelrich“ erlitt schweren Unfall. Grund: schlechtes Wetter. Er verging und Mesmin fielen aus Flugzeug, beide tot. Doret rettete sich durch Fallschirmabspaltung.“

Poffflugezug verbrannt.

Drei Personen umgekommen.

Wie die Deutsche Luft Hansa mitteilt, ist das brasilianische Poffflugezug „Bala“, als es zu einem Sonderflug von Natal nach Rio starten wollte, beim Rollen auf der Piste mit einem unter Wasser liegenden Wad zusammengefallen und in Brand geraten. Hierbei kamen drei Mitglieder der Besatzung ums Leben. Die Poff konnte größtenteils geborgen werden.

Die Katastrophe in Belgize.

Kein Haus unversehrt, mehrere Schiffe gesunken.

In dem vom Tropensturm heimgeleiteten Belgize (Britisch-Indonesien) ist der Belagerungszustand verhängt worden, um Abwanderungen zu verhindern.

Mehrere Schiffe, die sich im Hafen von Belgize befanden, gingen bei der Sturmflut mit Mann und Maus unter. Kein einziges Gebäude in Belgize ist unversehrt geblieben.

Aus den Trümmern werden immer noch Leichen gebor-

gen. Man hat eine öffentliche Lebensmittelverteilung ins Leben gerufen. Da alle Sammelbehälter der Wasserleitung zerstört sind, gibt es kein Trinkwasser in der Stadt. In das man auf Regenwasser angewiesen ist.

Spiel und Sport

Nebrar Sportvereinigung 1924

N.S.V. 24 I — 1. F.C. Freiburg 1929 I 4:2 (2:0)
N.S.V. 24 II — 1. F.C. Freiburg 1929 II 4:0 (2:0)
N.S.V. 24 III — U.S.G. Landau II 1:3 (1:1)
N.S.V. 24 Schüler — 1. F.C. Freiburg 1929 Schüler 10:1 (6:0)

Die gestern ausgetragenen Spiele nahmen fast durchweg einen guten Verlauf. Reichlich Pech hatte unter 1. Mannschaft, der nach einem sehr guten Start durcheinanders nichts mehr glücken wollte. Die 2. Mannschaft spielte diesmal sehr fair und flott und war den Gästen an Technik weit überlegen. Auch die 3. Mannschaft, die einige A.S.-Spieler als Ersatz mit auf die Reise nahm, schitt gegen die 2. Mannschaft des U.S.G. Landau gleichmäßig ab und führte auch ein ruhiges Spiel vor. Die Einstellung der „Alten Herren“ bewährte sich sehr gut. Die Schüler, welche nur mit 10 Spielern antraten, waren der gleichen Mannschaft des F.C. Freiburg völlig überlegen und siegten schließlich 10:1. Zum Spiel der 1. Mannschaft sei kurz folgendes gesagt: Freiburg hat Anstoß, derelbe wird von uns abgefangen und wir nehmen das Kommando. Züchs stellt sich frei, die Plante von Volze verwendet er zum ersten Tor. Nebra drückt hart, einige Eckbälle werden erzielt. Einen solchen kann Gebhardt zum 2. Treffer einleiten. Doch bald macht sich Freiburg frei und bedient die linke Seite. Unser rechter Läufer, welcher abgelenkt war von einem 10-Kilometer-Lauf, konnte die nicht halten und Freiburg erzielte auf dieser Seite schöne Durchbrüche, jedoch vermißte die Stürmermannschaft vorerst jeden Erfolg. Frühs wird aufmerksam bemacht und kam sich nicht durchsetzen. Nach Halbzeit spielt Freiburg anfangs überlegen und kommt zu dem 1. Treffer. Durch diesen Erfolg wird Nebra wieder etwas angefeuert und da verlag der Sturm. Von dem „loht“ zu gehen Stürmerpiel bekam man wenig zu sehen; der Linksangriff Gebhardt unternahm schließlich auf zwei schöne Rechtsflanken noch einige Mitlangänge und erhöhte auf 4:1. Kurz vor Schluß kommt Freiburg zum 2. Erfolge. Ein vom Zophiter abgegebener Ball fällt nach in's Tor. Dieses Tor mußte verhindert werden. Unter 1. Mannschaft hatte nicht einen ihrer besten Tage. Städtig, W.F.L. Weßingentomb, leitete sehr aufmerksam und hatte leichtes Amtieren, da sich beide Mannschaften befähigten, anständig zu spielen. Der Besuch, anlässlich des Marktkommens, ließ zu wünschen übrig, was schließlich auf die frühe Witterung zurückzuführen ist.

Mittwoch, den 16. d. Mis., abends 8:30 Uhr, findet im Vereinslokal Spühenhaus eine Sitzung der Spielerinnen der Sandballabteilung statt. Evtl. Gäste können eingeführt werden. Es wird um zahlreiches Erscheinen gebeten.

Defferreich schlägt Deutschland 5:0

Schwere deutsche Fußballniederlage.

Der in Wien zum neunten Male ausgetragene Fußball-Ländertampf Deutschland-Defferreich im neuen Stadion vor über 60.000 Zuschauern endete mit einer schweren Niederlage Deutschlands. Die deutsche Mannschaft erfüllte nicht die in sie gesetzten Erwartungen, sondern wurde mit nicht weniger als 5:0 Toren geschlagen. Zur Pause führten die Defferreicher durch ergebnisbringende Schüsse von Schall und Eindel, schon mit zwei Treffern. Nach dem Wechsel schloß der in Glanzform befindliche Defferreicher Stürmläufer Eindel nach drei weiteren Toren. Die hohe Niederlage der deutschen Mannschaft wurde durch das Verlegen des Sturms, in dem Richard Hofmann (Dresden) und August (Schalle) durch Eigenmütigkeit noch viel verdarben, befestigt. Dazu kam, daß nach der Pause die Säuerer nicht mehr das Tempo der Wiener Berufsspieler mitzubringen vermochten, besonders der Mittelstürmer Selinger, der nur knapp bei Luft. Ausgeschieden schlugen sich die beiden Berliner Verteidiger Emerich und Brumke. Reß im Tor konnte nicht einen der unerhört scharfen Schüsse der Defferreicher halten. Das Spiel wurde bis auf einige kleine Velleer von dem Schiedsrichter Dflon ohne Tadel geleitet.

puppen, denen man in sogenannten Gesellschaften Komplimente drehte und den Hof machte; aber leider war er ein armer Teufel von Leutnant, darauf angewiesen, als Soldat sein Brot zu verdienen, und sie die Tochter des kaiserlichen Reichsbesorger. Ein braves, liebes Mädel, weil über den Durchschnitt gebildet, aber an den Wartungen läßt ihre Mutter an der Dauer der Marientische, preis ihre Ware an.

Schöne frühe Brazen, meine Herrschaften, das Pfund zu fünfzig Pfennigen, Schiele, Seid, und Mafe.

Der Bataillionsadjutant, Leutnant Woberg, öffnete die zum Vorplatz führende Tür, sagte halblaut: „Meine Herren, der Herr Oberfeldwebel!“

Die leise geflüsterten Gespräche verstummen, das Offizierskorps ordnete sich zu einem Halbtreiben, den Rücken zu den hohen Fenstern, die vier Hauptleute am rechten Flügel. Ein leichtes Sporenklicken auf dem Fuß, durch die von dem Adjutanten respektvoll offen gehaltenen Flügeltür nach dem Kommandeur. Ein noch jugendlich aussehender Herr, auf einem klassischen und schneigen Körper ein scharfgeschliffener, bartloser Gesichtsausdruck, um die Maunen Augen aber ein Zug lebensmüder Güte.

Ein Duhens Stiefelstöße klappten zusammen, der Oberfeldwebel Binntmann verneigte sich leicht.

„Guten Tag, meine Herren, bitte rühren. Und entschuldigen Sie, daß ich Sie so plötzlich begrüßend habe, aber ich wollte die freudige Nachricht nicht länger als nötig bei mir behalten.“

Von der Seite des Halbtreibes, auf der der Leutnants Runden, kam bei den Worten: „Freudige Nachricht“ ein beständiger Gefächterungsseufzer, über das Gesicht des Kommandeurs flog ein Rächeln.

„Na, meine Herren, unsere Veranstellungen können doch auch mal eine ferne Veranstellung haben! Und ich muß gestehen, so leichtens Herzens habe ich Sie noch niemals zum mangelnden Reß, aber kurz und rund: Ein alter, lang entbehrt Freund hat sich wieder zu uns gefunden! Vor drei halben Stunden war Herr Forstmeier Rüdiger bei mir, nahm selber den Bericht zurück, der vor anderthalb Jahren, dem so beklagenswerten Zerwürfniß geführt hatte, erklärte, er hätte irgendwelche triftige Gründe gefunden, den Widdel ganz wo anders zu suchen als in dem Offizierskorps meines Bataillons.“

Die Spornklichen Jäger

Verfasst von Richard Steinhilber
Copyright 1931 by Hermann Müller, Leipzig Seite 28-30
(17. Fortsetzung.)

Als lester hat Herr von Raugard zu der Gruppe der jüngeren Offiziere, nachdem er sich bei dem anwesenden rangältesten Kompaniechef wegen der feinen Verpflegung gebührend entschuldigt hatte. Er glaubte zu wissen, weshalb der Kommandeur des Offizierskorps so plötzlich zusammengekommen hatte, aber nach dem ersten lächelnden Schrecken hatte er seine Sicherheit wiedergefunden. Wer wollte es ihm denn beweisen, daß jult er getern nach dem Rohnteiner Fortmüller den edlen Schweinehund erschlagen hatte, wenn er nicht sich selbst keine Mühe gab und mit lester Zittern leugnete? Zudem, nach was er ja nicht so weit, daß er hier als Angestellter stand. Niemand hegte gegen ihn Verdacht, niemand hätte ihn gesehen, als er beim ersten Morgengrauen da unten im Jagdzug durch die Baumgänge des Rasinogartens nach seiner im Stiefelgelenk gelegenen Wohnung schlich. Und das bißchen Verplappern vor seinem Hauptmann war ohne Belang, zu Zeiten wurde im Städtchen ja von nichts anderem gesprochen als von dem geheimnisvollen Widdel in Rohnteiner Revier. Was Wunder also, wenn er unwillkürlich in den nahenden Bergen seines Kompagniechefs eine Bestätigung sah und sich energisch dagegen zur Wehr setzte? Wenn's aber dennoch hart an ihm kam, wußte er sich, Gott sei Dank, einen glaubwürdigen Entfallungszeugen. Sein liebes braunes Mädel, das ohne Wimpernfließen heret war, eher die eigene Ehre preiszugeben, als ihn im Stiche zu lassen...

Ein Däseln flog über sein leichtmüdes Gesicht, und unwillkürlich mußte er daran denken, wie wader sie ihm schon bei seinem ersten Hirsch gefolgt hatte, als ein Zufall in ihm die Bestien an dem gefährlichen Hundewort gemocht hatte.

In mondvoller Winternacht leuchtete er auf dem Rabe von einer Leuchtjagd heim, die einer der kleineren Veffiger der Umgebung veranstaltet hatte, den Röß heiß vom reichlichen Trunke, über dem Rücken den Drilling. An einer Waldspitze im Rohnteiner Wald stand ein braoder Hirsch, war nur den Kopf auf, als er ihn in trunkeinem Wute anstieß. Da stieß er

vom Rabe, hob ohne Heberlegen das Gemehr, und dröhnend stang der Schuß durch die schneige Winternacht. Ein paar Augenblicke später fand er neben dem Gefällten, prüfte in febernder Erregung das kapitale Gemeh. Ein Kinderpiel war es gemein, den Hirsch zu erlegen, wie aber sollte er die tollbare Tropfde bergen! Und als er nach vergeblicher Arbeit mit dem Waidmesser schon verzweifeln wollte, kam ihm plötzlich ein erleuchteter Einfall. Eine halbe Stunde danach klopfte er mit lestem Finger an ein Fenster im Fischerhause: „Wite, bist du noch wach?“ Und ebenso leise kam die Antwort zurück: „Im Gottes willen, Hans, wenn dich nun jemand gesehen hat?“ Da beruhigte er sie, im Städtchen wäre längst schon alles dunkel, beichtete mit balfigen Worten seine halb in Rausche bezangene Waiderei und schloß mit der Bitte, ob sie ihm nicht helfen könnte. Das Gemeh mußte er haben, und wenn er's zwischen einem Duhend aufpassender Fortbeamten herauslösen sollte. Sie erwiderte nur: „Ach, komme, und eine kleine Weile später fand sie neben ihm in ihrem Kleidamen Pelzmantel und der kurzen Jacke aus Dämmerfall, hatte ihr Rad aus dem Gerächelfuppen und eine scharfe Baumfäße.

„Wie?“ fragte er verumrundet, „du wilstt dich nicht etwa mitkommen?“

„Aber natürlich,“ gab sie lustig zurück, „oder glaubst du vielleicht, ich lasse meinen Herrn Lieblingen allein hieselben gehen? Gleiche Brüder, gleiche Kappen!“

Da lachte er mit, und sie fuhren zu welen durch das schlafende Städtchen, zum ersten Tor hinaus und auf der rechten Hand festgesetzten Gassen nach dem Rohnteiner Wald. Aber erst in der Nähe der Widdelunterkunft merkte er, weshalb sie ihn eigentlich begleitet hatte. Sie sprang vom Rabe und vertrat ihm den Weg, bat inständig, sie zunächst einmal allein zu dem erlegten Hirsch gehen zu lassen. Wenn auf den Schuß hin wieder ein der Fortler irgendwo in der Nähe heimlich Wache hielt, könnte er doch unversehrt das Weite suchen!

Die Fortler war unruhig, denn an der Fütterung standen schon wieder ein paar Stücke Mutterwid, ein sicheres Zeichen, daß nichts Verdächtiges unternommen war. Ihm aber krieg es heiß im Herzen empor: Wie lieb mußte ihm das Mädel haben, wenn es ohne Zaudern für ihn in die Gefahr ging! Und schade, daß man den tapferen kleinen Reel nicht heiraten durfte. Das war ein anderer Schick als die gebildeten Ster-

Inhalt der Preußen-Notverordnung.

Zusammenfassung um 200 Millionen.

Berlin, 12. September.

„Der Beamtenbund“, die Zeitschrift des Deutschen Beamtenbundes, veröffentlicht den wesentlichen Inhalt der preussischen Sparverordnung, durch die die Ausgaben des preussischen Staates zusammen um 200 Millionen Mark verringert werden sollen.

Auf dem Gebiet der Schule enthält die Verordnung folgende Maßnahmen: Volksschulen: Abbau von 7000 Lehrstellen noch in diesem Jahre. Herabsetzung der Klassenfrequenz von 42 auf 48 Schüler, Herabsetzung des Unterrichtsbedarfs. Höhere Schulen: Einsparung von 3000 Lehrstellen im Laufe des Haushaltsjahres durch Verringerung der Pflichtunterrichtsstunden der Lehrer und der Wochenstunden der Schüler. Berufsschulen: Einschränkung des Unterrichtsbedarfs von acht auf sechs Stunden und Erhöhung der Klassenfrequenz auf 45 Schüler. Für alle Schulklassen: Freie Verlegbarkeit aller Lehrer innerhalb der verschiedenen Schulklassen von einer Gemeinde zur andern. Stellenzulagen der Volksschullehrer: Allseitigende nach 10 Jahren 100 Mark, Leiter von Volksschulen mit mindestens drei Klassen 300 Mark, mit mindestens acht Klassen 400 Mark, mindestens 16 Klassen und mindestens 15 Klassen 700 Mark, Konrektoren an Volksschulen mit mindestens 20 Klassen 300 Mark ufm. Grundgehalt der Mittelschullehrer: 3300 - 3550 - 3800 - 4050 - 4700 - 4900 - 5100 - 5300 - 5500. Stellenzulagen der Mittelschullehrer: Leiter 900 Mark, an kleineren Mittelschulen 400 Mark, Konrektoren an Mittelschulen mit mindestens acht Klassen 600 Mark. Grundgehalt an Berufsschulen wie bei den Volksschulen. Stellenzulagen an Berufsschulen 900 und 400 Mark.

Für Gemeinden und Gemeindeverbände wurde beschloffen: Die Verwaltungsorgane sind berechtigt, alle Maßnahmen zum Ausgleich der Haushalte zu treffen. Soweit bei den Personalausgaben vertragliche Vereinbarungen dem entgegenstehen, können diese - mit Ausnahme von Tarifverträgen - in Abmilderung ihrer Frist geändert werden. Die Bestimmungen finden entsprechende Anwendung auf Unterterrichtungen, an denen Gemeinden allein oder mit mehr als der Hälfte beteiligt sind oder deren Zuschußbedarf zu mehr als die Hälfte getragen wird.

Einschränkung der Ausgaben für Beamte, Angestellte und Arbeiter: Anstellungs- und Beförderungssperre für Beamte, Abbau aller entbehrlichen Angestellten und Arbeiter, Arbeitsverteilung, Angleichung von Pensionen und Ruhegehältern an die Regelung des Staates, ernannte Revision sämtlicher Beförderungsordnungen, Erwerb der Beamtenangehörigkeit. Zu diesem letzten Punkt heißt es: Der Erwerb der Beamtenangehörigkeit wird nur durch Zuschußzahlung einer Anstellungsurkunde begründet; die bloße Übertragung einer dazugehörigen Stelle allein begründet die Beamtenangehörigkeit nicht.

Die Gehältern erhalten den vollen Wohnungszuschuß nur, soweit sie planmäßige Stellen innehaben und die Sorge ausüben. Für die Gewährung von Kinderbeihilfen vom vollendeten 16. bis 21. Lebensjahr ist die Einkommensgrenze von 40 auf 30 Mark herabgesetzt.

Weitere Maßnahmen: Beamte (ausgenommen richterliche Beamte und beamtete Professoren an Hochschulen) und Lehrpersonen sind verpflichtet, jedes Amt, das ihrer Vorbildung entspricht, wahrzunehmen, auch wenn es mit geringerer Dienstentlohnung verbunden ist. Die Beamten behalten ihr Amt und ihre Pensionen. Ferner: Anstellungssperre, Beförderungssperre. Die Gehälter, die die Beamten am 1. September 1931 gehabt haben, behalten sie zwei Jahre länger, als nach den geltenden Vorschriften.

Der Anwärterdienst wird auf 10, bei Versorgungsanwärtern auf 9 Jahre verlängert. Bei der Besoldungsgruppierung werden die Stellenzulagen der Gruppe 25, die bisher 1200 und 600 Mark betragen, künftig differenziert zwischen 1200 und 600 Mark und 400 Mark. Gruppe 1 D wird getrennt, die Beamten dieser Gruppe kommen teils nach Gruppe 2a, teils nach 2b mit 1200 Mark Zulage. In den höheren Gruppen werden einige Umstellungen vorgenommen.

Für die Bezüge der Oberbürgermeister, Bürgermeister, Stadträte, Landeshauptleute und Landräte sind folgende Richtlinien festgelegt:

Städte: Bei Städten von 400 000 bis 1 Million Einwohnern: Grundgehalt der Oberbürgermeister 15 000 bis 24 000 Mark, der zweiten Bürgermeister (ersten Bürgermeisters in Normalfällen 6200 bis 10 600 bzw. 8400 bis 12 600 Mark, qualifizierte Stellen (höchstens insgesamt 3) nach Maßgabe des tatsächlichen Bedürfnisses Höherentlohnung, jedoch nicht über 1400 Mark.

Städte von 100 000 bis 400 000 Einwohnern: Grundgehalt der Oberbürgermeister 15 000 bis 18 000 Mark, der zweiten Bürgermeister 13 000 bis 14 000 Mark, der Stadträte 4400 bis 8400 bzw. 6200 bis 10 600 Mark.

Bei Städten von 50 000 bis 100 000 Einwohnern: Oberbürgermeister 8400 bis 12 600 Mark, zweite Bürgermeister 6200 bis 10 600 bzw. 15 000 Mark, Stadträte 4400 bis 8400 (Zulage 1200) Mark.

Bei Städten von 30 000 bis 50 000 Einwohnern und freisiehenden Städten: Oberbürgermeister 6200 bis 10 600 (13 000) Mark, zweite Bürgermeister 6200 bis 10 600 Mark, Stadträte 4400 bis 8400 Mark.

Alle übrigen Städte und Gemeinden sind entsprechend gestuft. Das Grundgehalt des Bürgermeisters einer Stadt unter 2500 Einwohnern ist 2800 bis 5740 Mark (Zulage 700 Mark). Der Landeshauptmann einer Provinz mit mehr als 4 Millionen Einwohnern erhält als Grundgehalt 18 000 bis 24 000 Mark, mit weniger als 4 Millionen Einwohnern 17 000 bis 24 000 Mark.

Die Aufgaben der Reichsregierung.

Dr. Stegerwald über die wirtschafts- und sozialpolitische Lage.

Auf dem Rheinischen Handwerkertag in Neuenahr sprach Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald über die wirtschafts- und sozialpolitische Lage und kennzeichnete die ungeheuren Aufgaben der Reichsregierung in der nächsten Zeit. Der Minister wandte sich gegen jede Illusion und ging dann auf die Folgen der Tribute ein.

Politische Tribute an das Ausland ohne Gegenleistungen seien ein weltwirtschaftlich verheerendes Element, das sich um so stärker auswirke, je größer die Tribute seien. Da nur ein Teil der Staaten abgerüstet habe, könnte sich kein Vertrauensverhältnis in Europa entwickeln. Das habe zur Folge, daß langfristiges Kapital dort, wo es fehlt, nicht erhältlich sei, während es in anderen Ländern brackig sei. In diese Dinge müsse im Bereiche des kommenden Jahres nachdrücklich Ordnung zu bringen versucht werden.

Wir stehen vor der Aufgabe in kurzer Zeit 6 bis 8 Milliarden RM kurzfristige Auslandsschulden der Privatwirtschaft und 1 bis 1,5 Milliarden RM kurzfristige Schulden der Gemeinden in langfristige umzuwandeln. Wir müssen schließlich nachdrücklich Vorkehrungen treffen für die ausreichende Versorgung der Arbeitslosen im Winter. Ferner müssen wir zu einer

Ausforderung der Wirtschaft und zu einer tieferen Preislage kommen, um mit den Nachbarn konkurrieren zu können. Die Regelung der Zinsfrage ist dringend notwendig und die Einschränkung bei den öffentlichen und privaten Vermaltungsgesparaten. Dann sprach der Minister über die Sozialversicherung.

Einschließlich der Rentenversicherung werden gegenwärtig schon 22 Prozent des Grundlohnes an Beiträgen zur Sozialversicherung abgezogen. Wissenschaftliche Beitragsführungen sind, solange die gegenwärtige gewaltige Arbeitslosigkeit andauert, nicht möglich.

Die Kommunalbeamten und -angestellten Deutschlands tagen

Gegen unsoziale Belastung.

Ein Appell an die öffentlichen Gewalten.

Erwart. Der Reichsbund der Kommunalbeamten und -angestellten Deutschlands e. V. hielt am Sonnabend, 12. September, in der „Reisource“ in Erfurt seinen diesjährigen Bundesstag ab, der wegen der außerordentlichen Zeitverhältnisse auf einen Tag beschränkt war und neben geschäftlichen Angelegenheiten ein Referat des Bundesleiters Hermann, Berlin, über das Thema „Die deutsche Beamtenpolitik in der Krise“ brachte.

Der Bundesstag nahm eine Entschließung an, in der es u. a. heißt: „Gegen die Art, wie die Reichsregierung in der Notverordnung vom 5. Juni 1931 wiederum die deutschen Beamten und öffentlichen Angestellten einseitig und unsozial belastet hat, wird

schärfere Verurteilung eingeleitet.

Mit starker Entrüstung weisen aber die deutschen Gemeindebeamten und -angestellten diejenigen Maßnahmen in der Notverordnung vom 5. Juni 1931 und besonders auch in der Notverordnung vom 24. August 1931 sowie dem Beschlusse des Reichsfinanzministers vom 27. August 1931 zurück, die das gemeindefähige Personal unter Auswertung der gegenwärtigen Notzustände in den Gemeinden und unter Mißbrauch der Finanzgewalt des Reiches wirtschaftlich und rechtlich von den übrigen Beamten trennen und sie unter deren Niveau herabdrücken wollen.

Eine unerhörte, geistlich ausgenützte Hege gegen die Gemeinden und ihr Personal hat, anscheinend unterstützt durch schlecht informierte und nicht sachkundige Ausnahmestimmen, langangelegten Händeln Vorhanden. Die immer wieder möglich gemessene schiffliche Wiederholung behaupteter gemeindefähiger Überlieferung hat der Reichsregierung ebensowenig bedeutet wie die unwiderleglichen Zahlen ihrer eigenen Reichsfinanzstatistik, die erweisen, daß die Besoldung der deutschen Gemeindebeamten und -angestellten schon jetzt tiefer liegt als beim Reich und daß bei der Neuregelung 1927 die Gemeinden mit der Entlohnung von gehobenen Stellen (paratamer) waren als das Reich.

Die deutschen Gemeindebeamten und -angestellten protestieren dagegen, daß ausgerechnet sie in ihren Lebensbedingungen ausgespielt werden gegen die Opfer einer Krise, die viel mehr auf verschuldeten und unterlassenen Handlungen der Wirtschaft und der Reichsregierung als auf Fehlern der deutschen Gemeinden beruht.

Die deutschen Gemeindebeamten und der Reichsbund werden sich den getroffenen und angebotenen Maßnahmen, so sie zu Wärfür und Vergewaltigung führen, mit aller Kraft widersetzen.

Sei vertrauen, daß die deutschen Gerichte den Staat vor der Preisgabe unerschütterlicher rechtsstaatlicher Grundzüge bewahren werden.

Der Bundesstag macht eindringlich, und er appelliert an die öffentlichen Gewalten, an die Vertreter des Volkes und an die deutsche Bürgererschaft, daß sie einem Zustande ein Ende bereiten, der die Grundzüge von Treu und Glauben verstoßen und dahin führen muß, daß in der kurzlebigen Not des kommenden Winters verdrüßter, an Recht und Gerechtigkeit verwehrende Menschen vor Hunger gesteuert werden, die nur mit Hingabe, Hilfsbereitschaft und Staatsgegnung gemindert werden können.

Polnischer Schwindel.

Stecher Unterfertigung eines Krakauer Blattes.

Zwei angebliche Schreiben des Auswärtigen Amtes an den deutschen Konsul in Krakau hat der Krakauer Illustrierte Kurzer Codzienny auf Grund einer photographischen Vervielfachung veröffentlicht, die aus dem Jahre 1926 stammen sollen.

Diese Schreiben sollen beweisen, daß das Auswärtige Amt und das Reichswirtschaftsministerium mit ukrainischen Organisationen in Verbindung stehen, deren Tätigkeit gegen den polnischen Staat gerichtet ist. Der Illustrierte Kurzer Codzienny geht sogar so weit, aus der angeblichen Schrift zu bringen, daß von ihm veröffentlichten Dokumenten zu folgern, daß deutsche Regierungsstellen mit der Ermordung des bekannten polnischen Abgeordneten Solomoto in Verbindung zu bringen seien.

Diese Dokumente tragen den Stempel einer offensichtlichen Fälschung. Deutsche amtliche Stellen stehen in keinerlei Beziehungen zu irgendwelchen illegalen ukrainischen Organisationen.

Es wird in diesem Zusammenhang daran erinnert, daß schon einmal ein von polnischer Seite in photographischer Reproduktion vorgelegtes Dokument dazu dienen sollte, angeblich hochkaraktiger Umsturz des obersteinsten Sejmabgeordneten Ullis zu beweisen. Sowohl der Gehaltsord-

nungsausschuß des Sejm wie auch zwei Instanzen der polnischen Gerichte erklärten dann später dieses Dokument für nicht beweiskräftig. Es ist auffallend, daß die Annahme des Illustrierte Kurzer Codzienny in eine Zeitperiode fällt, wo in Genf die bedenklichen Beschwörungen der ukrainischen Kinderheit gegen die polnische Regierung zur Debatte stehen.

Beitrag zur Sozial- und Kleinrentnerunterstützung

Die Auszahlung der Sozial- und Kleinrentnerunterstützung erfolgt heute von 11 - 12 Uhr in der Stadtparkstraße, Neuba, den 15. September 1931. Der Magistrat.

Gegen üblen Mundgeruch

„36 will nicht verübeln, übeln nicht“, das ist die Devise, die sich jeder Mann, der sich nicht nur reinen, weißen Zähnen sehnen, sondern auch den bei mir noch üblen Mundgeruch verzeihen will, sollte zu Herzen nehmen. Ich werde Sie Chlorodont auf diese Empfehlung, gez. C. G. Mainz. Man verlange nur die echte Chlorodont-Zahnpaste, Farbe 24 9/16, und weise jeden, der sich nicht

Kanholz-Listen
Kobeldielen • Stabtreter
Schaltrittler • Dacklatten
Tischlerdreher in Kiefer u. Fichte
Bayerische und Polnische Kiefer
Zaunsäulen u. -Latten
Thüringer Holzwerke, Rosleben
Gottschalk & Sauer
Fernruf 263 Am Bahnhof

Druckmaschinen aller Art
fertigt an in sauberer, moderner Ausführung und liefert prompt, billig und gut
Bunddruckerei Wiltz, Gauer, Rosleben.

Wichtigste
Eine der
größten Anzeigenblätter
in Deutschland
Tageszeitungen
Anzeigenblätter
Anzahl der
Anzeigenblätter
200 000
Stimmen

Das erfolgreiche Anzeigenblatt
Probenummern kostenlos durch die
Hauptgeschäftsstelle Leipzig, Petershofweg 19

Stempel
aller Art
Wiltz, Gauer, Rosleben

Stets frisch zu haben bei:
R. Barthel, Neuba



Grosse Erfindung. Für jedes Haus! Die willige, billige Mads
die alles schafft Tag und Nacht, fast umsonst, ohne Mühen, wie Kochen, Backen, Braten, Dämpfen, Dörren, Brüllen, Strahlbrennen, Trocknen, heisses Wasser im Überflusse, Baden, Bügeln und alle Zimmerarbeiten in einem oder mehreren Häusern, mit einem Feuer von Küche, Keller oder Diele aus. Die Freude im Hause - Kostenvoller Besuch, Zeichnungen, Anschläge, Lieferung an Kauf, Miete oder Abzahlung, in 3, 6, 9 oder 12 Monaten Ihr Eigentum.

Hezingerwerk, Crimmitschau i. Sa.
Fabrik für Gestein, Merde, Holzungen, Holzingskessel
Telefon 2039 Gegr. 1890
- Nur echt mit Schutzmarke Hezinger -
Referenz: Buchdruckerei Wiltz, Gauer, Rosleben

Heute
la. Bücklinge
Rauch-Schellfisch
Lachsgeringe.
Morgen
Frisches Seelachs
Goldbarsch, Schollen
grüne Heringe
Heinrich Berlet.

Nebraer Anzeiger

Amliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Beilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wih. Sauer in Koblentz.
Druck-Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weiz, Markt 24/25.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile in Reklametext 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Atern.

Nr 110

Dienstag, den 15. September 1931

44. Jahrgang

Nächtlicher Heimwehrpuff.

Wien, 14. September.

In den oberösterreichischen Ostböhen traf, Kagenberg Judentum und Schladung erstickten am 2 Uhr früh bewaffnete Heimwehr und verurteilte, die Städte militärisch zu besetzen. Der Bundesführer der Heimwehr, Dr. Pfeifferer, erkrankte um 2.30 Uhr früh in Judentum die Unterführer um Auf. Auf seine Weisung wurden in einigen Ostböhen Plätze angefallen, in denen es heißt, daß es Gendarmen- und Heeresbeamten ihres Dienstes entzogen seien. Die Heimwehr übernehme die Staatsgewalt.

Polizei, Gendarmerie und Bundesheer sind in den betreffenden Gebieten in Bereitschaftszustand gesetzt worden. In Kirchdorf in Oberösterreich hatte der örtliche Heimwehrführer die Bezirkskapitänmilitär befehligt; diese wurde jedoch von Gendarmerie aus Linz und Bundesmilitär sofort geräumt. Dabei wurden zwei Führer des Heimwehrzuges verhaftet. Die Bundesregierung hat im eigenen Willenskreis und durch die Bundesregierung sofort Gegenmaßnahmen eingeleitet. Am längeren Bundesgebiet und in der Hauptstadt herrscht Ruhe.

Ein Aufruf zur Besonnenheit.

Wahrung der Sozialisten.

Die Wiener Arbeiterzeitung verbreitete die Meldung vom Wutlauf in einem Ertraktat gleichzeitig mit einer Wahrung zur Besonnenheit. In dem Aufruf heißt es:

Gemeinschaftliche Abenteurer haben in der Zeit schwerer wirtschaftlicher Not und wichtiger Kriegerisierungen einen Teufelskreis gegen die Republik und die Demokratie gewagt. Der oberösterreichische Irrsinn wird in wenigen Stunden zusammenbrechen. Die Arbeiterzeitung und ihr Schutzbund sind in Bereitschaft. Sie werden, wenn es notwendig ist, die Republik und die Demokratie zu schützen wissen. Zunächst aber hat die Staatsgewalt gegen die freien Gewerkschaften einzuschreiten. In das Justizhaus mit den Buchhändlern, wo sie schon lange hingerhalten Arbeiter, Republikaner, eiserne Disziplin und eiserne Willen ist in dieser Stunde das Wichtigste keine selbständigen Aktionen! Hatet euch bereit, wenn die Sozialdemokratie auch ruft!

Die Nationalsozialisten gegen den Wutlauf.

Die Landesregierung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei (Hitlerbewegung) erklärt, daß sie mit der Aktion der Heimwehr in keinerlei Verbindung steht und diese auch ablehne.

Die Wiener Polizei hat sämtliche Bundesgebäude besetzt. Die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften haben in einem Ultimatum vom Bundeskanzler sofortige Gegenmaßnahmen verlangt, andernfalls sie zur Selbsthilfe schreiten würden. Die Bundesregierung hat sofort

eine Reihe von Haftbefehlen

erlassen, u. a. auch gegen Dr. Pfeifferer. Wie veranlaßt, soll Heimwehrführer Stargenberg die Linzer Garnison aufgefordert haben, sich ihm anzuschließen, wurde aber abgewiesen.

D-Zug bei Budapest abgestürzt.

Straßenbahn auf dem Bahnkörper. — 22 Tote, 21 Verletzte Budapest, 14. September.

In der Nacht zum 13. September ist der S-Bahnzug Budapest-Wien-Passau-Köln auf dem vor der Station Torbag befindlichen Viadukt entgleist. Die Lokomotive, ein Gepäckwagen, zwei Schlafwagen und drei Personennagen fielen in die Tiefe. Trotz der bisherigen Meldungen sind

colorchecker CLASSIC

Ein Brief, in dem ich Ihnen selbst

den der Pionieren eines kleinen logischem Mikro eine kurze Zündschnur für die Augen

durch den Übertrag wurden, mochte in Brand gebracht wurde.

bis zum Rande

der fast sieben Kilometer entfernt liegenden Gemeinde Torbag fortgeschleudert wurde.

Während der Bergungsarbeiten wurde ein Arbeiter festgenommen, der nach dem Mitternacht an den Schienen entlang in Richtung nach Budapest lief. Er und ein ebenfalls verdächtiger Arbeiter wurden einem Verhör unterzogen. Die Eszeder Polizei verhaftete den aus Budapest eingetroffenen Unterführer Peter Buchholz, der die Eisenbahnbrücke fotografierte und sich verdächtig gemacht hatte.

Abrüstung und Zusammenarbeit.

Curtius vor der Vollversammlung des Völkerbundes.

Genf, 13. September.

In der Vollversammlung des Völkerbundes hielt Reichsaussenminister Dr. Curtius seine mit Spannung erwartete Rede. Die Lage der diesjährigen Bunderversammlung, so führte er aus, wird vor allem durch zwei Faktoren bestimmt:

Durch die furchtbare wirtschaftliche Notlage, in der sich die meisten Länder befinden, und durch das Bevorstehen der Abrüstungskonferenz.

Von diesen beiden Faktoren müssen wir ausgehen, wenn wir die Tätigkeit des Völkerbundes im vergangenen Jahre bewerten und uns darüber klar werden sollen, was der Völkerbund überhaupt unter den gegenwärtigen Verhältnissen bietet und worauf es bei uneren diesjährigen Beschlüssen ankommt.

Daß das Schicksal der Abrüstungskonferenz für das Schicksal des Völkerbundes selbst von entscheidender Bedeutung ist, ist im Laufe der letzten Jahre oft genug gesagt worden und muß von keiner Seite bestritten.

Die Ursachen der Wirtschaftskrise.

Dr. Curtius gab dann einen ins einzelne gehenden Ueberblick über die kritischen Ereignisse wirtschaftlicher und finanzieller Art im Verlauf des letzten Jahres. Er kennzeichnete die Arbeitslosigkeit in den Industrieländern, die sich im kommenden Winter in einer noch nicht abzusehenden Weise steigern wird zu einem Heer von Millionen und Verzweifelten, die radikalen und revolutionierenden Einflüsse nur zu leicht zugänglich sind.

Niemand darf sich darüber täuschen, daß die Erde bebzt, auf der der Bau unseres heutigen wirtschaftlichen und Währungssystems sowie unserer Kultur errichtet ist.

Es erhebt sich nun die ernste Frage, ob die bisherigen Ergebnisse den dringenden Forderungen der Gegenwart auch nur einigermaßen gerecht werden. Dr. Curtius behandelte dann die Arbeit des Europaausschusses, deren wichtigste Ergebnisse der Bericht der Wirtschaftskommissionen sei. Der Bericht müsse der Ausgangspunkt einer neuen Entwicklung werden. Der Ausgang, den die wirtschaftliche Zukunft zu nehmen, wird durch die Vorkonferenzen der Europaausschüsse und des Handels in Europa gegeben vor, steht als wichtigstes, eigentlich als einziges Mittel für eine durchgreifende Besserung den wirtschaftlichen Zusammenbruch vor.

Wirtschaftlicher Zusammenbruch.

Die Regierungen müssen unter dem Druck der Interaktionen unverzüglich Maßnahmen ergreifen, den Gedanken des wirtschaftlichen Zusammenbruchs so weit wie möglich schon in nächster Zeit in die Wirklichkeit umzusetzen.

Die Vorschläge des Europaausschusses empfehlen Zollpräferenzen für Getreide in östlicher, geistlicher und sachlicher Begrenzung als offene Ausnahme von der Weißbegünstigung. Es handelt sich nicht um Maßnahmen im einseitigen Interesse der Länder, denen die Präferenzen gegeben werden; es ist die zur Gewährung von Präferenzen unter eigenen Dpfern bereit sind.

Die Krise der Landwirtschaft ist ja noch tiefer als die der Industrie. Die Landwirtschaft kann sich weniger als diese durch Organisierung und Kartellierung ihrer Erzeugung helfen. Nur internationale Zusammenarbeit ist imstande, wirkliche Hilfe zu leisten.

Curtius behandelte darauf die finanziellen Probleme der Krise. Wir stehen vor einer Verwirrung der ganzen internationalen Geld- und Kreditwirtschaft. Das Einflechten von Kapital aus den kapitalreichen in kapitalarme Länder hat nicht nur fast ganz aufgehört, im Gegenteil, die kapitalreichen Länder haben den kapitalarmen in einem niemals vorhergehenden Umfang die kurzfristigen Mittel, die sie dort angelegt hatten, wieder entzogen. Die schweren Zusammenbrüche von Banken und das hierdurch notwendig gewordene Eingreifen der Regierungen haben ihren Hintergrund in der Lage der internationalen Finanzbeziehungen, die durch die bestehenden Schulden politischen Charakters geschaffen worden sind.

Keine Reparationen.

Die gewaltigen politischen Zahlungen von Land zu Land erfolgten ohne wirtschaftliche Gegenleistungen. Sie entzogen den an sich schon kapitalarmen Ländern andauernd große Kapitalmengen und zwangen diese Länder im Interesse des Schutzes ihrer Währungen zu deflationistischen Maßnahmen, die sich in hohen Zinssätzen schwindender Kaufkraft, daher fallender Einfuhr und steigender Ausfuhr äußerten.

Es ist das geschichtliche Verdienst des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, daß er in klarer Erkenntnis der Gefahren eine einjährige Pause für die Zahlung der politischen Schulden vorgeschlagen und erreicht hat.

Als Vertreter Deutschlands liegt mir daran, auch von dieser Stelle aus die Großzügigkeit des Hooverplanes und die Gefährdung, die er für mein Land gebracht hat, anzuerkennen.

Aber das Feiertage, so groß seine Bedeutung auch ist, schafft nur eine vorübergehende Altpause. Von verschiedenen Vordernern ist mit aller Deutlichkeit die Notwendigkeit betont worden, daß das Problem der internationalen politischen Schulden im allgemeinen Interesse

eine Gesamtlösung

erfordert, die der Krise wirklich ein Ende macht. Das ist die große Aufgabe, vor die sich die Welt gestellt sieht. Was kann im Sinne einer solchen Zusammenarbeit der Völkerbund seinerseits tun? Es ist klar, daß er nicht die Regelung des Problems der internationalen Verbindungen in die Hand nehmen kann. Dieses Problem muß wie bisher auch künftig den unmittelbar beteiligten Regierungen überlassen bleiben. Aber alle internationalen Bemühungen auf dem gesamten Wirtschafts- und Finanzgebiet hängen von einer elementaren Voraussetzung ab.

Das ist die Wiederherstellung des gegenseitigen Vertrauens in den internationalen politischen Beziehungen.

Vord Robert Cecil hat nochmals die Schlusssätze des Berichtes der Balleter Sachverständigen vorgelesen. Es sind in der Tat Worte, deren Wahrheit wir uns nicht oft genug zum Bewußtsein bringen können. Ich begreife es, daß in all den Reden, die sich in den letzten Tagen mit der augenblicklichen Gesamtlösung befaßt haben, die Notwendigkeit gegenseitigen Vertrauens so stark zum Ausdruck gekommen ist. Das Vertrauen zwischen den Völkern kann nur dann eine sichere Grundlage finden und bewahren, wenn es auf der vollständigen Anerkennung der beiderseitigen Interessen und Auffassungen beruht.

Diese Grundlage darf auch durch die schlimmste mosele- tische Notlage eines Landes nicht gefährdet werden. Die Ueberwindung augenblicklicher Schwierigkeiten darf nicht um den Preis noch viel größerer Schwierigkeiten in der Zukunft veräußert werden. Allen Verzicht zur Wiederherstellung eines normalen Güter- und Kapitalverkehrs müßte ein dauerhafter Erfolg verlagert bleiben, wenn dabei nicht in den politischen Beziehungen die Grundlage der Gerechtigkeit und Gleichberechtigung gewahrt würden.

Internationale Kooperation.

Wir dürfen uns nicht verhehlen und müssen ganz offen davon sprechen, daß in vielen Ländern ein weitgehender Skeptizismus gegenüber den Genfer Institutionen und was steillich noch schlimmer ist, eine wachsende Gleichgültigkeit zu beobachten ist. Was aber auch die Einfältigen sehen wollen, das sind Maßnahmen, die in die Wirklichkeit eingreifen und sie bessern.

Der Gedanke der internationalen Zusammenarbeit ist es auch gewesen, der uns nach Chequers, Paris, London und Rom geführt hat.

Ich stimme vollständig damit überein, wenn betont wurde, daß der Völkerbund seinerzeit Grund hat, auf viele unmittlerbaren Bemühungen der verantwortlichen Staatsmänner eifersüchtig zu sein, daß er vielmehr einen Anstoß hat, sie zu ihrem Ziel zu fördern. Der Vertreter Großbritanniens hat die hervorragende Bedeutung unterstrichen, die in der ganzen Entwicklung der internationalen Beziehungen der Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland zum Ausdruck einer Annäherung, die nicht nur in Worten, sondern in Handlungen bestehen müßte. Vord Robert Cecil darf davon überzeugt sein, daß sich die deutsche Regierung dieser Bedeutung vollkommen bewußt ist.

Der Berliner Besuch.

Ich begreife es, daß der bevorstehende Besuch der französischen Staatsmänner in Berlin Gelegenheit bieten wird, den unmittelbaren Gedankenanstich fortzusetzen, und ich knüpfe daran die Hoffnung, daß es auf diesem Wege zu Ergebnissen kommt, die den beiden Ländern zum Vorteil gereichen und darüber hinaus auch dem allgemeinen Interesse dienen.

Ich komme nun zu dem zweiten großen aktuellen Problem des Völkerbundes, der Abrüstungsfrage. Der Völkerbund trägt für die Behandlung dieser Frage vorwiegend und ganz allein die Verantwortung. Dies kann mit aller Entschiedenheit der Ansicht des Herrn Brandt zustimmen, daß die friedliche Streitfähigkeit und die Abrüstung zusammen das entscheidende Mittel zur Erhöhung der Sicherheit darstellen. Was die Bedeutung der Abrüstung für die Sicherheit anbelangt, so bleibt das gültig, was die Bunderversammlung im Jahre 1928 über das Verhältnis der Rüstungen und der Erhöhung der internationalen Sicherheit festgestellt hat.

Nur Abrüstung gibt Sicherheit.

In der Ueberzeugung, daß nicht Rüstungen, sondern Abrüstung Sicherheit bringt, liegt ein entscheidendes Merkmal der im Völkerbund organisierten Staatengemeinschaft gegenüber den früheren Methoden der internationalen Politik. Die Sicherheit der Staaten fah aber nur dann eine Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens sein, wenn alle Staaten an ihr im gleichen Maße teilhaben.